

Fragen und Anträge zum Entwurf des Haushaltsplans 2015

Wir bitten die Verwaltung um Auskunft zu folgenden Fragen:

1. Wie erklären sich die relativ hohen Kosten für Heizung und Brennstoffe beim Bauhof (S. 133)?

Begründung:

Wir hatten erwartet, dass diese Kosten nach Einbau einer Hackschnitzelheizung drastisch sinken und damit zur Amortisation der Anlage beitragen.

2. Wie ist der Stand bei der Entwicklung von Baugebieten für den Wohnbau?

Begründung:

Zum Haushalt 2014 hatten die Freien Wähler beantragt, die im Flächennutzungsplan vorgesehenen Gebiete für Wohnungsbau zügig zu entwickeln, um neben der Bereitstellung von stark nachgefragtem Bauland auch Investitionsmittel zu generieren.

3. Sind die in der Finanzplanung bis 2018 eingestellten Mittel für Investitionen im Bereich der Schulen, insbesondere den Ausbau der Ganztages-Grundschulen betreffend, ausreichend bemessen?

Begründung:

Als Investitionsmittel für den Ausbau von Ganztages-Grundschulen enthält die Finanzplanung in den Jahren 2016/2017 einen Betrag von 1,3 Millionen Euro (S. 308); größere Beträge für Sanierungen im Bereich der Schulen sind auf die Zeit nach 2018 eingeplant. Wir haben die Sorge, dass die im Zeitraum der Finanzplanung vorgesehenen Mittel nicht ausreichen werden.

4. Um den Stellenplan (S. 244/245) besser nachvollziehen zu können, bitten wir um transparente Darstellung der Zu- und Abgänge sowie der Zuordnung und des Vollzugs der ku/kw-Vermerke.

Begründung:

Die Stellenzugänge sind nur unter Zuhilfenahme des Vorberichts – dort allerdings ohne Stellen-Wertigkeiten - nachzuvollziehen. Eine Zuordnung von ku- und kw-Vermerken zu einzelnen Stellen bzw. der vorgesehene Zeitpunkt des Wegfalls oder der Unterbesetzung von Stellen ist trotz der neu in den Haushalt aufgenommen Anlage nicht transparent. Wir bitten aktuell und in den Folgehaushalten um eine leichter nachvollziehbare Darstellung.

5. Wann ist mit einem Konzept für die Pflanzung von „Jubiläumsbäumen“ zu rechnen?

Begründung:

Auf einen gemeinsamen Antrag von Freien Wählern, Grünen und SPD vom 31.07.2009 hin hat die Verwaltung Mitte 2010 erste konzeptionelle Vorstellungen vorgelegt, die auch Standorte für Jubiläumsbäume im Gebiet „Stämmegraben“ in Aldingen enthielten.

Auf unsere Frage bei den Haushaltsberatungen vor einem Jahr hat die Verwaltung schriftlich mitgeteilt, dass bis zur Sommerpause (2014?) eine Konzeption erarbeitet werden sollte. Man hatte sich in den Beratungen darauf verständigt, nicht mit alten Obstsorten, sondern mit gängigen Laubbäumen zu bepflanzen.

6. Welcher Grunderwerb ist für den Bau von Rathaus und Bürgersaal erforderlich?

Begründung:

Der Vorbericht zum Haushalt nennt auf S. V25 einen Betrag von 325 T€ für den Erwerb von Grundstücken. Worum handelt es sich dabei?

7. Wie ist der Stand der Planungen für ein neues Archiv?

Begründung:

Dem Ältestenrat waren vor mehreren Monaten alternative Planungen zur Umnutzung vorhandener Gebäude vorgelegt worden. Zu unserer Überraschung taucht nun im Haushalt (S.187) ein Betrag auf, der deutlich niedriger ist als die damals ermittelten Kosten. Vor einem Beschluss dieser Haushaltsposition bitten wir um Aufklärung zum Planungsstand.

8. Welchen Sinn hat es, beim Lise-Meitner-Gymnasium im Jahr 2015 eine Neugestaltung des Schulhofes zu planen, ohne in den Jahren bis 2018 Haushaltsmittel für die Umsetzung der Planungen vorzusehen.

Begründung:

Auf die Planung wurde bereits in den Vorjahren aus dem o. g. Grund verzichtet. Wir bezweifeln, dass es sinnvoll ist, im Jahr 2015 hierfür die vorgesehenen 25 T€ (S.177) einzusetzen.

9. Welche Anmietungen für die Grundschule Neckargröningen sind geplant?

Begründung:

Auf S. 74 ist ein Betrag von 6,8 T€ für eine eventuelle Anmietung eingestellt. Wir möchten gerne wissen, um welche Räume es sich hierbei handelt.

Außerdem ist uns wichtig, die räumliche Planung für die Grundschule Neckargröningen neben der Schulleitung auch mit dem Förderverein abzustimmen; auf das Schreiben des Fördervereins von Ende November 2014 dürfen wir verweisen.

10. Wie erklärt sich die um mehr als 60% gestiegene Unterdeckung des Horts an der Schule im Jahr 2015 und wie sind die Perspektiven für die Folgejahre?

Begründung:

Nach 164 T€ in 2013 und geplanten 150 T€ in 2014 geht die Verwaltung in 2015 von 244 T€ Unterdeckung aus (S. 75). Gründe hierfür und eine Zukunftsperspektive sollen dargestellt werden.

11. Wie will die Verwaltung den Verein „Sportvereine in Remseck - SVR“ unterstützen und welche Aufgaben will sie ihm übertragen?

Begründung:

Die Freie Wähler-Fraktion hatte sich im Herbst nach einem Gespräch mit Verantwortlichen des SVR sehr positiv zu den Zielen dieses neuen Vereines geäußert und die Verwaltung um Einbindung des Vereins ins Remsecker Sportleben gebeten. Nachdem nun der Haushalt 2015 (S. 109) einen Zuschuss und die Übertragung des Restvermögens des Stadtverbandes für Sport an den Verein (insgesamt 30,5 T€) vorsieht, bitten wir um Information über die mit dem Verein getroffenen Absprachen.

12. Wozu konkret ist zusätzliche externe Unterstützung zur Erstellung eines Energieberichts und für die Verbrauchsüberwachung notwendig?

Begründung:

Der Haushaltsanatz von 25 TE für o. g. Zweck überrascht uns, da wir in den Vorjahren für diesen Zweck regelmäßig erhebliche Mittel ausgegeben hatten und der Ansicht waren, dass diese Aufgabe jetzt zur Verwaltungsroutine geworden ist und somit keine externe Beratung mehr notwendig ist.

13. Welche Umbaumaßnahmen sind an der Gemeindehalle Neckargröningen geplant?

Begründung:

Den vorgesehenen Einbau eines zweiten Rettungsweges haben wir zur Kenntnis genommen.

Die LKZ hat am 16.12.14 aus der Weihnachtsfeier des TSV Neckargröningen wie folgt berichtet: „Zudem wird die Stadt die seit geraumer Zeit leerstehende Pächterwohnung laut Schönberger zu einer Geschäftsstelle für Vereine umbauen. Sollte das Neckargröninger Feuerwehrareal, wo die Geschäftsstelle des TSV momentan ansässig ist, dereinst umgebaut werden, hätten Sie die Möglichkeit, sich in der Gemeindehalle niederzulassen“.

Wir sehen eine solche Planung kritisch, da einerseits die Stadt günstigen Wohnraum eher verstärkt vorhalten sollte und da als Unterbringungsmöglichkeit für Vereine das Haus der Bürger zur Verfügung steht.

14. Hat die Verwaltung Erkenntnisse, dass bei der Diakoniestation Remseck am Neckar im Jahr 2015 ein Abmangel zu erwarten ist?

Begründung:

Bei der Auflistung der eingeplanten Zuschüsse (S. 263) fällt ein Betrag von 20 T€ für die Abmangelfinanzierung der Diakoniestation auf. Nach erfolgreichen Abschlüssen der Einrichtung in den Vorjahren überrascht uns dieser Ansatz.

Wir gehen davon aus, dass wie in den letzten Jahren ein bei der Tagespflege zu erwartender Abmangel durch interne Umschichtungen der Diakoniestation gedeckt wird.

15. Wo und wie soll der Außenbereich des Horts an der Schule gestaltet werden?

Begründung:

Der Vermögenshaushalt sieht für diese Maßnahme einen Betrag von 10 T€ vor (S. 183).

16. Wäre es nicht wirtschaftlich, Kredite nicht erst ab 2016, sondern bereits in der momentanen Niedrig-Zins-Phase aufzunehmen?

Begründung:

Da momentan die Stadt Kredite mit 30 Jahren Laufzeit zu Festzinssätzen knapp über zwei Prozent aufnehmen kann und wir nicht von einem weiteren Sinken des Zinsniveaus ausgehen, halten wir eine Kreditaufnahme anstelle einer Mittelentnahme aus der Rücklage bereits 2015 für bedenkenswert.

Wir beantragen:

1. In die Planung eines Ärztehauses bzw. Gesundheitszentrums im Bereich der „Neuen Mitte“ jetzt konkret einzusteigen.

Begründung:

Seit Jahren wird in der Remsecker Kommunalpolitik einerseits die negative Entwicklung der ärztlichen Versorgung beklagt, andererseits aber auch immer wieder die „Neue Mitte“ als Standort eines Ärztehauses ins Gespräch gebracht.

Wir sehen die Zeit gekommen, hierfür jetzt in konkrete Planungen einzusteigen. Als Standort könnten wir uns z.B. das städtische Grundstück an der Kreuzung Remstalstraße/Fellbacher Straße vorstellen. Es liegt im Geltungsbereich des Sanierungsgebietes und ermöglicht dadurch sogar staatliche Förderung der Maßnahme. Für verkehrliche Zwecke wird das Grundstück erkennbar nicht gebraucht.

Die Lage eines Ärztehauses (im heutigen Sprachgebrauch auch immer wieder als Gesundheitszentrum bezeichnet) unmittelbar beim neuen Rathaus mit den dort entstehenden Parkierungsmöglichkeiten halten wir für strategisch günstig.

Auch ist uns wichtig, ein solches Signal zu setzen, bevor die Remsecker Ärzteschaft sich in anderer Art und Weise neu organisiert.

2. Die Kosten für den Betrieb der geplanten Pedelec-Station in den Wirtschaftsplan der Stadtwerke zu verlagern. In diesem Zusammenhang soll auch eine Möglichkeit gesucht werden, auch die Bewohner von Pattonville an der Deckung des Abmangels des Stadtbusbetriebs und des Pedelec-Verleihs zu beteiligen.

Begründung:

Nach unserer Beobachtung haben andere Kommunen in der Region den Betrieb von Pedelec-Stationen bei ihren Stadtwerken angesiedelt. Dies macht auch in Remseck Sinn. Der Pedelec-Verleih bzw. der Betrieb von Unterstell- und Ladestationen für Pedelecs als „Anschlussmobilität“ zur Ergänzung des ÖPNV hat eine ähnliche Zielsetzung wie der Stadtbus, der bereits dem Eigenbetrieb Stadtwerke zugeordnet ist.

Durch den steuerlichen Querverbund der zu erwartenden Verluste aus dem Pedelec-Verleih könnten Steuerzahlungen aus Gewinnen der Wasserversorgung reduziert werden.

Allerdings wird an dieser Stelle erneut die Frage aufgeworfen, wie neben den Bürgerinnen und Bürgern der „alten“ Remsecker Ortsteile auch die Bewohner von Pattonville an der Abmangel-Finanzierung beteiligt werden können, nachdem sie sowohl Stadtbus als künftig auch Pedelecs in gleichem Maße nutzen können wie die Bewohner anderer Ortsteile. Uns liegt daran, eine finanzwirtschaftlich transparente und rechtlich abgesicherte Lösung hierfür mit dem Zweckverband Pattonville zu finden. Ein für uns vorstellbarer Weg wäre ein Zuschlag zum Wasserpreis, zu dem die Stadtwerke Remseck die PEW in Pattonville beliefern.

3. Die Aktivitäten der Stadt zur Förderung des Streuobstbestandes zu einem Gesamtkonzept zu bündeln.

Begründung:

Der Haushalt 2015 weist im Unterabschnitt 3600 – Naturschutz, Landschaftspflege – (S. 86) zwei Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Erhalt des Streuobstbestandes aus, nämlich die Kartierung der Streuobstwiesen und eine Pflanzaktion Streuobstwiesen.

Aktuell hinzugekommen ist nun das Förderprogramm des Landes für den Baumschnitt auf Streuobstwiesen. Wir verweisen hierzu auf einen Antrag der Grünen-Fraktion vom 04.12.14, mit dem eine Aufstockung der Landesförderung beantragt wird, sowie auf unser Schreiben vom 03.12.14. Letzteres hat zum Inhalt, die Aktivitäten der örtlichen Obst- und Gartenbauvereine (OGV) durch die Stadt zu koordinieren und sie bei einer eventuellen Antragstellung logistisch – z.B. durch Bereitstellung von Karten und Plänen - zu unterstützen.

Wir bitten die Verwaltung, im Gespräch mit den OGV und evtl. dem „Runden Tisch Naturschutz und Landschaftsplanung“ ein Gesamtkonzept abzustimmen und den Gemeinderat über das Ergebnis zu informieren.

Remseck am Neckar, den 11. Januar 2015

Peter Bürkle
Isabel Eisterhues
Jürgen Geiger
Peter Großmann
Jens Kadenbach
Rainer Plessing
Gerhard Waldbauer